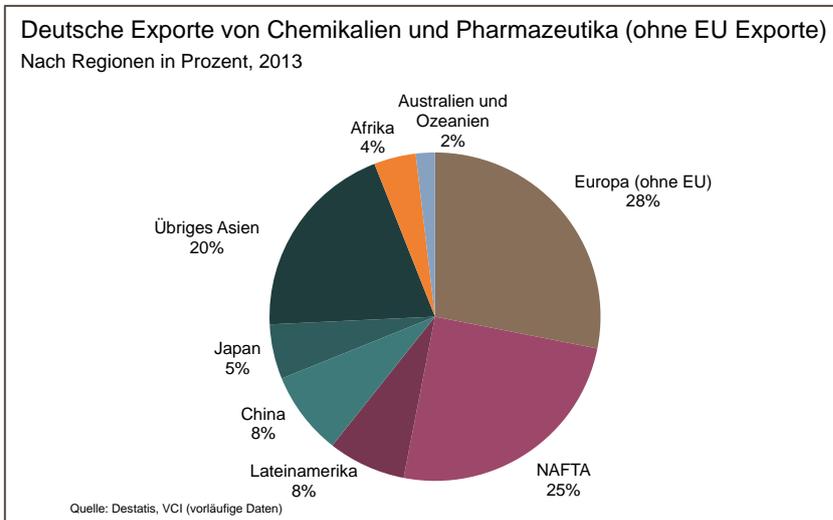


Daten und Fakten zum Thema:

Handelspolitik

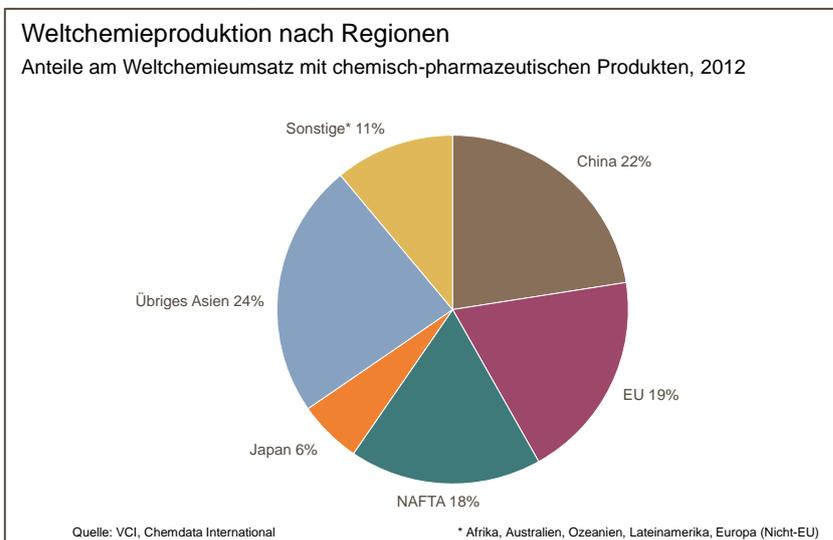
Deutschland ist Weltmeister beim Export von Chemieprodukten

- Im internationalen Vergleich ist Deutschland mit Ausfuhren von insgesamt über 160 Milliarden Euro im Jahr 2012 Weltmeister bei Chemieexporten (inklusive Pharma). Der Exportüberschuss Deutschlands im Chemie- und Pharmahandel beträgt über 47 Milliarden Euro.
- Mit einem Anteil von gut 58 Prozent geht der Großteil der deutschen Chemieexporte in andere EU-Mitgliedstaaten. Innerhalb der EU gibt es keine Handelsbarrieren mehr. Der Großteil der deutschen Chemieausfuhren in Nicht-EU-Länder geht in andere Industrienationen in Europa, Nordamerika (NAFTA) oder Asien (Japan). Aber die dynamisch wachsenden Schwellenländer haben als Exportmärkte aufgeholt, z.B. China.



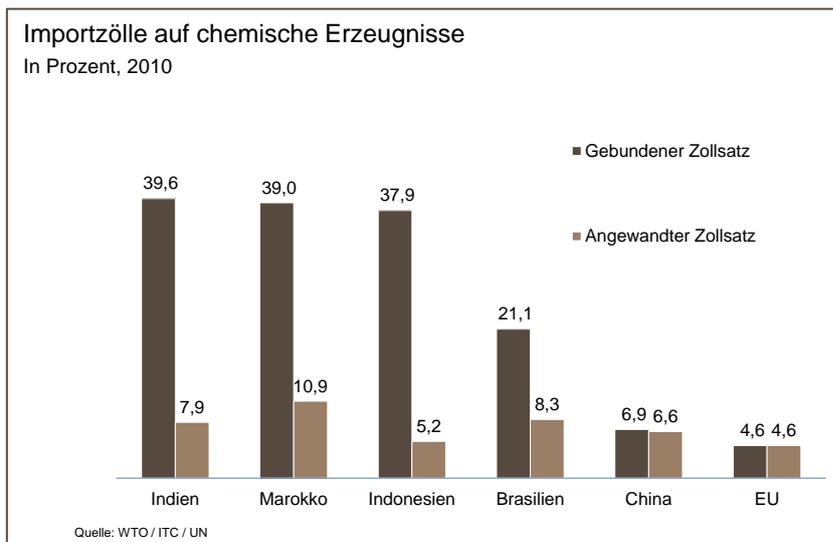
Die Schwellenländer gewinnen Anteile am Chemieweltmarkt

- Viele Schwellenländer haben eine wettbewerbsfähige Chemieindustrie aufgebaut und sind heute bedeutende Chemieproduzenten. Allein China und die übrigen Schwellenländer Asiens produzieren zusammen inzwischen knapp 46 Prozent der weltweit hergestellten chemischen Erzeugnisse.



Chemiezölle verursachen erhebliche Kosten und behindern den Handel

- Die tatsächlich angewandten Zölle für Chemikalien liegen in den Industrieländern im Durchschnitt bei 2 bis 5 Prozent. In den meisten Schwellen- und Entwicklungsländern sind sie höher, zum Teil betragen sie mehr als 10 Prozent. Gerade große Schwellenländer wie Brasilien (8,3 Prozent) und Indien (7,9 Prozent) erheben hohe Zölle.
- Über den tatsächlich angewandten liegen die durch die Welthandelsorganisation WTO gebundenen Zölle. Die gebundenen Zölle legen rechtsverbindliche Obergrenzen fest. Angewandte Zölle können jederzeit unilateral bis auf das gebundene Niveau angehoben werden. Diese Differenz schafft Unsicherheiten, da gerade die Schwellenländer in schwierigen Situationen ihre angewandten Zölle WTO-konform auf das gebundene Niveau anheben können.



- Auf Chemieprodukte aus Deutschland werden weltweit pro Jahr geschätzt rund 2 Milliarden Euro Zölle erhoben, die zum Großteil vom Exporteur zu tragen sind.
- Neben der finanziellen Entlastung für Exporteure führt der Abbau von Zöllen zu Exportzuwächsen und verbilligt – insbesondere bei chemischen Produkten – die Produktion der weiterverarbeitenden Industrie im Empfängerland.

Nichttarifäre Handelshemmnisse schränken den Export zusätzlich ein und nehmen an Relevanz zu

- Neben Zöllen erschweren vielfältige andere Hemmnisse den Zugang zu ausländischen Märkten. Zu den sogenannten nichttarifären Handelshemmnissen gehören beispielsweise diskriminierende Regulierungen, Standards, etc.
- Trotz eines Moratoriums seitens der G20-Staaten registrieren die WTO und die EU seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 zunehmenden Protektionismus: Importlizenzierungsverfahren werden eingeführt oder verschärft, "local content"-Regeln geschaffen oder der Schutz geistigen Eigentums aufgeweicht. Auch Zölle werden erhöht.

Exportquoten und -steuern behindern den Zugang zu wichtigen Rohstoffen

- Viele Staaten, darunter China und Russland, behindern die Ausfuhr von Rohstoffen durch Exportquoten oder Exportsteuern. Besonders betroffen war die Chemieindustrie zuletzt von chinesischen Exportquoten auf Seltene Erden. Auch Exportzölle auf Gelben Phosphor, Flussspat oder einige Agrarrohstoffe wie Palmöl belasten die Branche.
- Die WTO verbietet – bis auf begründete Ausnahmen – den Einsatz von Exportquoten. Exportzölle hingegen sind WTO-rechtlich erlaubt, sofern nicht spezielle Regelungen in Beitrittsverträgen (z. B. im Falle Chinas) ihren Einsatz begrenzen. 2012 hat die WTO

chinesische Exporthemmnisse auf neun Rohstoffe für rechtswidrig erklärt, 2013 kam ein Verfahren zu chinesischen Exportbeschränkungen für Seltene Erden zum gleichen Schluss.

- Die EU hat ein breites Instrumentarium, um gegen Beschränkungen auf Rohstoffexporte vorzugehen. Dazu zählen WTO- und bilaterale Verhandlungen, die WTO-Streitschlichtung und die Marktzugangsstrategie.

Die WTO fördert die Handelsliberalisierung

- Die WTO ist die internationale Organisation, die die Regeln des internationalen Handels setzt und überwacht sowie Verstöße ahndet. Im Sommer 2012 ist mit Russland auch die letzte große Volkswirtschaft der WTO beigetreten.
- Die EU hat für alle EU-Mitgliedsstaaten die Kompetenz für die internationale Handels- und Investitionspolitik. Dies gilt für die WTO-Verhandlungen ebenso wie für andere handelspolitische Aktivitäten.
- Zölle sind im Welthandelssystem der WTO ein legitimes Instrument. Die Verhandlungsrunden im Rahmen von GATT und WTO haben zum Ziel, Zölle immer weiter abzusenken.
- In der vorangegangenen WTO-Verhandlungsrunde – der Uruguay-Runde – wurden ab 1995 durch das Chemiesektorabkommen "Chemical Tariff Harmonization Agreement" die Chemiezölle der Industrieländer harmonisiert und deutlich gesenkt. In der Doha-Runde soll im Rahmen des Mandats über Sektorabkommen zum Beispiel die Abschaffung der Chemiezölle beschlossen werden.
- Bisher hat sich die WTO vor allem dem Abbau der Importzölle gewidmet. Dem Abbau von Exportzöllen sowie effektiven Regeln zur Begrenzung von Subventionen wurde hingegen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.
- Im Rahmen der laufenden WTO-Verhandlungen (Doha-Runde) wird zu verschiedenen Themenfeldern verhandelt, darunter über den Marktzugang bei Industrie- und Agrargütern und bei Dienstleistungen. Die Industriegüterzölle sollen in der Doha-Runde gleichmäßig nach einer allgemeinen mathematischen Formel auf Basis der gebundenen Zölle reduziert werden. Die im Sommer 2008 diskutierten Koeffizienten hätten gerade in den Schwellenländern nur einen geringen Abbau der angewandten Zölle zur Folge.
- Die Verhandlungen befanden sich seit dem Sommer 2008 in einer Sackgasse. Ein letzter Strohalm zur Rettung der Runde konnte mit einer Einigung in den Bereichen "Handelserleichterung" und "Marktzugang für Entwicklungsländer" auf der Ministerkonferenz auf Bali im Dezember 2013 ergriffen werden.
- Auch mit der Einigung von Bali bleibt der weitere Verhandlungsverlauf sehr schwer. Derzeit wird in der WTO ein neues Doha-Arbeitsprogramm vorbereitet. Ein Element soll der Abbau von Zöllen auf "Umweltgüter" sein. Der VCI steht dieser Initiative aus konzeptionellen und praktischen Erwägungen skeptisch gegenüber und fordert ihre Einbettung in eine umfassende Liberalisierungsagenda. Dies hat er im Februar 2014 auch in einer neuen Position zu den Doha-Verhandlungen deutlich gemacht.
- Der fehlende Wille der WTO-Mitglieder, sich nach über zehn Jahren auf weitere Liberalisierungsschritte zu einigen, führt zu einer Schwächung der WTO als Institution. Der VCI plädiert dafür, die Doha-Runde rasch zu beenden sowie neue multilaterale Liberalisierungsinitiativen vorzubereiten, in denen neue Themen behandelt werden können.

Freihandelsabkommen sind ein sinnvoller paralleler Weg zur Handelsliberalisierung

- Die EU führt gegenwärtig verschiedene Verhandlungen über Freihandelsabkommen (z. B. mit den USA, Japan, Indien, der Ukraine, Kanada, verschiedenen ASEAN-Mitgliedern, dem Gulf Cooperation Council GCC und dem Mercosur, einer Zollunion in Südamerika).
- Ein positives Beispiel für ein erfolgreiches Freihandelsabkommen ist das Abkommen der EU mit Korea, das am 1. Juli 2011 in Kraft getreten ist; es bringt für die deutsche Chemie

unmittelbar eine Erleichterung bei Zollzahlungen in Höhe von 60 bis 90 Millionen Euro und erhebliche weitere positive indirekte Effekte mit sich. Seitdem traten auch die Abkommen mit Kolumbien, Peru und Zentralamerika in Kraft.

- Im Jahr 2013 haben sich in den Freihandelsverhandlungen der EU einige Fortschritte ergeben: Die Verhandlungen mit Singapur wurden abgeschlossen, das Abkommen mit Kanada steht kurz davor. Andere Verhandlungen (Indien, einige Mitglieder des ASEAN, mit dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur) erweisen sich hingegen als sehr schwierig.
- Auch bei der Aufnahme neuer Verhandlungen war 2013 ein Schlüsseljahr: Die Europäische Union hat im April 2013 nach langen innereuropäischen Diskussionen Freihandelsverhandlungen mit Japan begonnen. Ein Kernelement der Verhandlungen ist der Abbau der nicht-tarifären Handelshemmnisse. Derzeit werden die ersten Zwischenergebnisse evaluiert. Eine Fortführung der Verhandlungen ist sehr wahrscheinlich.
- Der größte Meilenstein im Jahr 2013 war die Aufnahme von Verhandlungen der EU mit den USA über eine umfassende transatlantische Freihandelszone (TTIP). EU-Kommissionspräsident Barroso und US-Präsident Obama haben die Verhandlungen am 17. Juni beschlossen, die erste Verhandlungsrunde fand im Juli 2013 statt. Wegen des Stillstandes der Doha-Runde und der Möglichkeit, Regeln für neue Themen zu schaffen, unterstützt der VCI ein umfassendes Freihandelsabkommen der EU mit den USA. Ein solches Abkommen könnte auch Katalysator für neue WTO-Liberalisierungsansätze sein.

EU will mit China über Zugang und Schutz von Investitionen verhandeln

- Auch mit China hat die EU bilaterale Verhandlungen aufgenommen. Ziel dieser Verhandlungen wird nicht freier Handel, aber die Verbesserung der Investitionsbedingungen sein. Hierzu wird zum einen über den Abbau von Zugangsbeschränkungen für Investoren gesprochen, zum anderen über den Schutz von Investoren vor Enteignung.
- Im Oktober 2013 hat der Handelsministerrat der EU-Kommission das Mandat zur Verhandlungsaufnahme mit China erteilt. Bisher fanden zwei Verhandlungsrunden statt.

Einige Handelsprobleme können nur unilateral oder bilateral gelöst werden

- Nicht alle Handelsprobleme lassen sich über die WTO oder über Freihandelsabkommen lösen. Zum einen fehlt der WTO für einige Themen das Mandat oder der Regelungsrahmen. Zum anderen sind manchmal schnellere Lösungen gefragt, als es WTO-Verhandlungen und Freihandelsabkommen bieten können.
- Bestimmte verzerrende Eingriffe einzelner Staaten können über die WTO-Streitschlichtung oder Anti-Dumping-Verfahren aufgegriffen werden.
- Im Rahmen der EU-Marktzugangspartnerschaft wird über konkrete nichttarifäre Handelshemmnisse vor Ort mit den Partnerländern verhandelt. Die EU-Kommission hat im Januar 2010 zur gezielten Bearbeitung von Anliegen aus der Chemie eine Marktzugangsarbeitsgruppe zu chemischen Produkten eingerichtet. Der Gruppe gehören Vertreter der Kommission, der europäischen Chemieindustrie und der Mitgliedstaaten an.

VCI legt handelspolitische Grundsätze fest

- Im November 2010 hat der VCI die handelspolitische Mitteilung der Kommission "Handel, Wachstum und Weltgeschehen" vom 9. November 2010 zum Anlass genommen, seine handelspolitischen Positionen erstmals zu "Handelspolitischen Leitlinien der deutschen chemischen Industrie" zusammenzufassen.
- Aus den neuen industriepolitischen Zielsetzungen der EU leitete der VCI im Herbst 2013 handelspolitische Implikationen für Wachstum, Beschäftigung und eine Stärkung von Industrie und Investitionen in Europa her.